

Inoffizielle Übersetzung aus dem Französischen

EUROPARAT MINISTERKOMITEE

ENTSCHLIESSUNG Res(2004)3 des Ministerkomitees über die Urteile, die ein zugrunde liegendes strukturelles Problem aufzeigen

*(vom Ministerkomitee angenommen am 12. Mai 2004
anlässlich seiner 114. Sitzung)*

Das Ministerkomitee, gestützt auf Artikel 15.b der Satzung des Europarates,

in der Erwägung, dass es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herzustellen, und dass eines der wichtigsten Mittel zur Erreichung dieses Ziels die Wahrung und Fortentwicklung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ist;

unter erneuter Bekräftigung seiner Überzeugung, dass die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (im Folgenden als "Konvention" bezeichnet) der wesentliche Bezugspunkt im Bereich des Schutzes der Menschenrechte in Europa bleiben muss, sowie an seine Verpflichtung erinnernd, Massnahmen zur Gewährleistung der langfristigen Wirksamkeit des von der Konvention eingerichteten Kontrollsystems zu treffen;

erinnernd an den subsidiären Charakter des von der Konvention eingerichteten Kontrollmechanismus, der gemäss Art. 1 vorsieht, dass die von der Konvention gewährleisteten Rechte und Freiheiten in erster Linie durch das innerstaatliche Recht geschützt und von den nationalen Behörden beachtet werden;

begrüssend , dass die Konvention heute integrierender Bestandteil der innerstaatlichen Rechtsordnung aller Mitgliedstaaten ist;

darin erinnernd , dass sich die Hohen Vertragsparteien gemäss Art. 46 der Konvention verpflichten, die endgültigen Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (im Folgenden als "Gerichtshof" bezeichnet) in allen Rechtssachen, in denen sie Partei sind, zu befolgen, und dass das endgültige Urteil des Gerichtshofs dem Ministerkomitee zugeleitet wird, das seine Durchführung überwacht;

das Interesse unterstreichend, dem betroffenen Staat dabei zu helfen, die zugrunde liegenden Probleme sowie die notwendigen Massnahmen zur Durchführung zu ermitteln;

in der Erwägung, dass die Durchführung der Urteile erleichtert würde, wenn das Bestehen eines strukturellen Problems bereits im Urteil des Gerichtshofs aufgezeigt wird;

eingedenk der Ausführungen des Gerichtshof in dieser Frage anlässlich der Sitzung des Ministerkomitees vom 7. November 2002;

lädt den Gerichtshof ein:

I. in seinen Urteilen, mit denen er eine Verletzung der Konvention feststellt, weitest möglich ein seiner Ansicht nach vorliegendes zugrunde liegendes strukturelles Problem sowie dessen Ursache aufzuzeigen, , insbesondere wenn dieses zu zahlreichen Beschwerden führen könnte, um damit die Staaten zu unterstützen, eine angemessene Lösung zu finden, und das Ministerkomitee, die Durchführung der Urteile zu überwachen;

II. jedes Urteil, das Hinweise auf das Bestehen eines strukturellen Problems und dessen Ursache enthält, nicht nur dem betroffenen Staat und dem Ministerkomitee besonders anzukündigen, sondern auch der Parlamentarischen Versammlung, dem Generalsekretär des Europarats und dem Menschenrechtskommissar des Europarats, sowie diese Urteile in der Datenbank des Gerichtshofs in geeigneter Weise anzuzeigen.